

Gleichlautend an:

Herrn Bezirksbürgermeister
Norbert Fuchs
- Stadtbezirk Mülheim-

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters
- Rathaus-

**SPD-Fraktion in der
Mülheimer Bezirksvertretung**



Wiener Platz 2a
51065 Köln
Tel: 0221/221-99303

Spd-bv9@stadt-koeln.de

Mitglieder der SPD-Fraktion:

Alexander Lünenbach (Fraktionsvorsitzender), Jutta Kaske-Vollmer (stellv. Fraktionsvorsitzende), Karl-Heinz Frebel, Renate Matthiesen, Martin Stahl, Berit Kranz, Norbert Fuchs

Anfrage

Köln, den 04.01.2009

*Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,*

die **SPD-Fraktion** in der Bezirksvertretung Mülheim bittet Sie, die nachfolgende Anfrage in die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 25.01.2010 aufzunehmen.

Betreff: **Steigerung der Sicherheit für die Bewohner der „Siedlung Neurath“**

Durch die geplante Umgestaltung der „DEWOG Häuser“ der „Siedlung Neurath“ und dem damit verbundenen Leerstand vieler Wohnungen der Siedlung kommt es im gesamten Bereich zu einer massiven Zunahme der Kriminalität. Um dieses Problem abzumildern sind neben ordnungs- und polizeibehördlichen Maßnahmen (Bestreifung durch Polizei und Sicherheitsdienst, wie in den Protokollen von 19.11 und 14.12.2009 nachzulesen) auch sozialstützende Maßnahmen notwendig. Diese Maßnahmen werden zur Zeit vor allem durch die Kirchengemeinden und die Jugendarbeit der AWO getragen. Die Jugendeinrichtung der AWO befindet sich im Moment noch in der Berlinerstraße 221 (auf der anderen Seite der A3) soll aber bis August 2010 in ein neues Gebäude im Lautenthaler Weg (mitten in der Siedlung) umziehen. Aus diesem Zusammenhang ergeben sich folgende Fragen

1. Durch welche geeigneten Maßnahmen, z.B. häufigere Bestreifung durch Sicherheitsdienste oder Polizei, stellt die Verwaltung sicher, dass die für diesen Bereich beschlossene „verstärkte Präsenz“ eingehalten wird?
2. Welche Maßnahmen können zur Stärkung des Sozialumfeldes der Siedlung unterstützend eingesetzt werden bei
 - a) Personeller und/oder logistischer Unterstützung des Umzugs der AWO Jugendeinrichtung,
 - b) Stärkung der kirchlichen Stadtteilarbeit,
 - c) Einsatz von Streetworkern.

Begründung:

Anwohner der Siedlung Neurath, insbesondere der Wohnungen und Häuser in der Bugenhagenstrasse klagen seit langem schon über eine zunehmende „Verelendung der Siedlung“ und damit verbundener steigender Kriminalität durch das Wegbrechen der

nachbarschaftlichen Strukturen. Seit Beginn der Baumaßnahmen in der Siedlung und an der Autobahn A3 ist diese Entwicklung beschleunigt zu beobachten. Dies führt nun zu starken sozialen Konflikten und einem gesteigerten Angstgefühl innerhalb der Siedlung. Durch eine Stärkung der nachbarschaftlichen Bindungen und eine verstärkte Präsenz der Ordnungsorgane erhoffen sich die Bürgerinnen und Bürger der Siedlung eine deutliche Steigerung ihrer Sicherheit und einen deutlichen Rückgang der Kriminalität.

Alexander Lünenbach (Fraktionsvorsitzender)

Martin Stahl (SPD-Fraktion)